BESCHLUSSVORLAGE

(Nr. 0101/2015/1)

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Kreistag	20.04.2015	öffentlich

Errichtung einer Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende;

a) Vereinbarung

b) Finanzfragen

Kosten:

Betrag:

Haushaltsjahr:

Teilhaushalt:

Buchungsstelle:

Haushaltsansatz:

BESCHLUSSVORSCHLAG:

- a) Der Kreistag stimmt der „Vereinbarung über die Errichtung einer eigenständigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in der Stadt Hermeskeil“ in der Entwurfsfassung vom 16.03.2015 zu und ermächtigt den Landrat, die Vereinbarung für den Landkreis Trier-Saarburg zu unterzeichnen.
- b) Der Kreistag beschließt, der Stadt Hermeskeil zum Ausgleich der besonderen Belastungen im Zusammenhang mit der Errichtungen der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende eine auf drei Jahre befristete finanzielle Unterstützung zu gewähren.
Berechnungsgrundlage der Unterstützungszahlung ist dabei, die Zahl der jeweils zum 30.06. des Vorjahres in der AfA Hermeskeil untergebrachten Menschen. Diese Zahl (AfA-Bewohner) wird mit den, dem Landkreis Trier-Saarburg durchschnittlich zustehenden einwohnerbezogenen LFAG-Leistungen multipliziert (in 2015 = 228,13 €/Einwohner).

Der Landrat wird beauftragt, rechtzeitig vor Ablauf der Befristung eine Folgeregelung zu verhandeln und zur Beschlussfassung vorzulegen, die

- der tatsächlichen soziostrukturellen Belastung der Stadt Hermeskeil durch die AfA,

- den anzustrebenden Änderungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und
- den Erfahrungen aus der Umsetzung dieser Vereinbarung Rechnung trägt.

Sachdarstellung:

Wegen des immer größeren werdenden Zustroms von Asylbegehrenden in die Bundesrepublik hat die zuständige Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Trier im September 2014 in einem Erstgespräch mit Vertretern der Kreisverwaltung darüber informiert, dass das Land neben Trier und Ingelheim auf die Einrichtung einer dritten dauerhaften Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende (AfA) angewiesen ist. Dies auch vor dem Hintergrund, dass dem Land die Außenstelle der AfA Trier in der General-von-Seidel-Kaserne nur bis Mitte 2015 zur Verfügung steht.

In der Sitzung des Kreisausschusses am 01.12.2014 (Vorlage 0359/2014) haben Vertreter der ADD dargelegt, dass die Einrichtung einer AfA für die Standortkommunen auch wirtschaftliche Vorteile bringen kann. Neben dem Entstehen einer großen Zahl von Arbeitsplätzen wird eine Stärkung der Kaufkraft und die Möglichkeiten der heimischen Wirtschaft zur Erlangung von zusätzlichen Aufträgen gesehen.

Auch anlässlich der Bürgerversammlung am 21. Januar 2015 in Hermeskeil wurde seitens des Landes in der Versammlung und in einem Informationsflyer (siehe Anlage) auf die zusätzlich entstehenden Arbeitsplätze und Gesamtumsätze von über 5,0 Mio. Euro hingewiesen.

In den Gesprächen zwischen Vertretern des Landkreises, der Stadt und Verbandsgemeinde Hermeskeil sowie des Integrationsministeriums und der ADD bestand von Beginn an Einigkeit darüber, dass das Gemeinwesen in der Stadt Hermeskeil und deren Umland, das die AfA in seiner Mitte aufnehmen soll, hierzu auch in der Lage sein muss und hierfür gute Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen.

Ein von den Kommunen entworfener Entwurf eines Ansiedlungs- und Standortentwicklungsvertrages wurde der Staatsministerin Irene Alt am 9. Januar 2015 vorgelegt. In zwei Gesprächen am 4. und 24. Februar 2015 im MIFKJF wurde dieser Entwurf verhandelt und zur beigefügten „Vereinbarung über die Errichtung einer eigenständigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in der Stadt Hermeskeil“ entwickelt.

Kernpunkte der Vereinbarung sind

- die Begrenzung der unterzubringenden Asylbegehrenden auf 750 Personen (Ziffer 2.),
- die Regelungen zur Standortssicherung für das Krankenhaus Hermeskeil (6.),
- Projektförderungen im Bereich des Mehrgenerationenhaus (7.), Jugendzentrum (8.) und Integrationsprojekte (9.),
- die berufliche und sprachliche Bildung (10.) sowie

- die Einrichtung einer Ermittlungsgruppe Migration sowie die Personalaufstockung der Polizeiinspektion Hermeskeil.

Im Hinblick auf die über die B 52 führende Brücke, mit der die Kaserne und damit auch die zukünftige AfA kreuzungsfrei zu erreichen ist, wurde seitens des Landes bezüglich der für die Übernahme der Brücke durch die Stadt Hermeskeil fällig werdenden einmaligen Unterhaltungskostenpauschale von etwa 300.000 Euro auf die Zuständigkeit des Bundes verwiesen. Auf den Vorschlag, hier im Rahmen von Konversionsmitteln unterstützend tätig zu werden, ging das ISIM nicht ein. Stattdessen hat das ISIM den Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt mit Schreiben vom 9. Februar 2015 um Prüfung gebeten, ob der Bund im übergeordneten Interesse in diesem Fall eine Ausnahme von den geltenden Rechtsgrundlagen zulassen kann, um die Stadt Hermeskeil von der Zahlung einer Unterhaltungskostenpauschale für das Brückenbauwerk freizustellen. Eine Rückantwort hierzu liegt bisher nicht vor.

Auch bei der Regelung zum Kommunalen Finanzausgleich lehnt das Land eine von den Kommunen diesbezüglich vorgeschlagene Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes (LFAG) genauso ab, wie die Aufnahme einer entsprechenden Regelung in das jährliche Haushaltsrundsreiben. Auch die Vorschläge einer Sonderregelung analog dem Streitkräfteansatz oder der „Hochzeitsprämie“ bei der kommunalen Gebietsreform wurden von Seiten des Landes verworfen. Das Land ist hier lediglich zu der Zusage bereit, eine Verteilung der infolge der Einwohnereigenschaft der Bewohner der AfA zusätzlich fließenden Schlüsselzuweisungen zwischen dem Landkreis Trier-Saarburg, der Verbandsgemeinde Hermeskeil und Stadt Hermeskeil durch die Kommunalaufsicht mitzutragen (Ziffer 4.).

Auf der Basis der Daten nach dem Haushaltsrundsreiben für das Jahr 2015 würden sich bei 750 zusätzlich zu berücksichtigenden Einwohnern folgende Veränderungen beim LFAG errechnen:

Stadt Hermeskeil

Schlüsselzuweisung B (§ 9 Abs. 2 LFAG) =	15.139,00 Euro
Abzüglich Verbandsgemeindeumlage (42 v.H.) =	-6.358,00 Euro
Abzüglich Kreisumlage (43 v.H.) =	-6.510,00 Euro
Verbleiben zusätzliche Zuweisungen =	2.271,00 Euro

Verbandsgemeinde Hermeskeil

Schlüsselzuweisung B 1 (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 d) LFAG) =	7.500,00 Euro
Schlüsselzuweisung B 2 (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 LFAG) =	155.608,00 Euro
Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG) =	2.921,00 Euro
Insgesamt =	166.029,00 Euro
Zuzüglich Verbandsgemeindeumlage (42 v.H.)	6.358,00 Euro
Abzüglich Kreisumlage (43 v.H. von 155.608,00 Euro) =	-66.911,00 Euro
Verbleiben zusätzliche Zuweisungen und Umlage =	105.476,00 Euro

Landkreis Trier-Saarburg

Schlüsselzuweisung B 1 (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 d) LFAG) =	25.500,00 Euro
Schlüsselzuweisung B 2 (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 LFAG) =	284.652,00 Euro

Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG) =	4.870,00 Euro
Allgemeine Straßenzuweisung (§ 14 LFAG) =	-4.711,00 Euro
Höhere Umlage Fonds „Deutsche Einheit“ (§ 24 LFAG) =	-14.996,00 Euro
Insgesamt	295.315,00 Euro
Zuzüglich Kreisumlage der Stadt Hermeskeil =	6.510,00 Euro
Zuzüglich Kreisumlage der Verbandsgemeinde Hermeskeil =	66.911,00 Euro
Zusätzliche Zuweisungen und Umlagen insgesamt =	368.736,00 Euro

Die Zuweisung für die Schülerbeförderung nach § 15 LFAG sowie die Schlüsselzuweisung C zum Ausgleich von Belastungen nach dem Zweiten, Achten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch nach § 9a LFAG beinhalten keine Einwohnerkomponente. Deshalb bleiben diese Zuweisungen unverändert.

Nach der o.g. vorläufigen Berechnung erhält die Stadt Hermeskeil für die zusätzlichen 750 Einwohner in der AfA im Rahmen des Finanzausgleichs von insgesamt 476.500 Euro lediglich einen zusätzlichen Betrag in Höhe von **2.271,00 Euro**.

Obwohl in erster Linie die Stadt Hermeskeil selbst mit den besonderen sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert wird, die mit der Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung entstehen, fließen dort keine nennenswerten zusätzlichen Mittel zu, um diesen Belastungen adäquat begegnen zu können.

Die Belastungen für die Stadt Hermeskeil lassen sich beispielhaft wie folgt abbilden:

- Besondere soziostrukturelle Belastung durch 750 Asylbewerber auf 5.723 Einwohner, das entspricht einer Quote von 14,50 %.
- Der Landkreis investiert in die mit dem Caritasverband erstellte Konzeption für eine Soziale Betreuung und Qualifizierung der Asylbewerber an den Standorten der Gemeinschaftsunterkünfte bis 2018 insgesamt 3,16 Mio. Euro (5,5 Mio. ./ ESF 2,34 Mio.). Hieran partizipiert die VG-Hermeskeil nur im Umfang der jetzt bereits dort wohnenden 85 Asylbewerber die von Osburg bzw. Kell am See aus mit betreut werden sollen. Hierhin fließen auch die vom Bund und den Länder zugesagten je 500 Mio. Euro in 2015 und 2016. Hier erwartet der Kreis nach dem Königsteiner Schlüssel jährlich 860.000 Euro.
- Asylbegehrende in der AfA werden keine dauerhaften Einwohner der Stadt Hermeskeil, weil diese in ganz Rheinland-Pfalz verteilt werden. Dadurch erfolgt keine nachhaltige Wertschöpfung durch dauerhafte zusätzliche Einwohner bzw. ausländische Fachkräfte u.a. auch aus der o.g. Konzeption.
- Der Landkreis beteiligt sich an den Standorten der Gemeinschaftsunterkünfte wie bisher auch an Investitionen bei zusätzlich erforderlichen KiTa-Plätzen einschl. Personal.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die zusätzlichen Mittel aus dem LFAG in Höhe von insgesamt rd. 368.730 Euro überhaupt nur infolge der Einrichtung einer AfA in Hermeskeil und den 750 Asylbewerbern beim Landkreis ankommen; zusätzlich zu den Zuweisungen für die rd. 500 zugewiesenen Asylbewerbern. Außerdem erhält der Landkreis mit Errichtung der AfA eine Zuweisungsgutschrift für (750 x 8 % =) 60 Asylbewerber (siehe auch Ziffer 14. der Vereinbarung). Bei ungedeckten Kosten im Jahre 2014 in Höhe von 3.600 Euro je Asylbewerber errechnen sich hierdurch für den Landkreis eine jährliche Einsparungen in Höhe von 216.000 Euro.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, eine finanzielle Unterstützung der Stadt Hermeskeil durch den Landkreis Trier-Saarburg für die besonderen Belastungen im Zusammenhang mit einer Erstaufnahmeeinrichtung, auf Basis der zusätzlichen Zuweisungen nach dem LFAG zu bemessen und als allgemeine Unterstützungsleistung bei der Leistung 31301 – Hilfe zum Lebensunterhalt (Asyl) zu verbuchen.

Es wird darauf hingewiesen, dass als Stichtag für die Bemessung der Zuweisungen jeweils der 30.06. des Vorjahres herangezogen wird. Bei einem vorgesehenen Start einer AfA in Hermeskeil zum 01.09.2015 werden sich die zusätzlichen Einwohner frühestens bei den **Zuweisungen für das Jahr 2017** bemerkbar machen.

Die Einrichtung einer AfA in Hermeskeil ist eine Aufgabe des Landes Rheinland-Pfalz. Bei der Unterstützungsleistung des Landkreises Trier-Saarburg handelt es sich deshalb um eine freiwillige Leistung. Diese Leistung steht im Rahmen der jährlichen Prüfungen des Haushaltes jeweils unter dem Genehmigungsvorbehalt der Kommunalaufsicht der ADD Trier.

In Erwartung,

- dass das Land Rheinland-Pfalz zukünftig seiner originären Aufgabe gerecht wird und für einen Ausgleich bei Kommunen mit entsprechenden Einrichtungen sorgt und
- im Hinblick auf die Entwicklung der Leistungen des LFAG in den Folgejahren,

wird die Unterstützung des Landkreises (zunächst) auf drei Jahre befristet.

Vor Ablauf der Befristung sind zur Vorbereitung einer weitergehenden Unterstützung der Stadt Hermeskeil die tatsächlichen soziostrukturellen Belastungen der Stadt Hermeskeil festzustellen und die Erfahrungen aus der Umsetzung der Vereinbarung zu berücksichtigen. Daneben soll das Land Rheinland-Pfalz mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass ein entsprechender kommunaler Finanzausgleich für Standortkommunen von Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende nicht dauerhaft unter Missachtung haushalts- und kommunalrechtlicher Grundsätze umgesetzt werden kann, sondern einer gesetzlichen Regelung zugeführt werden muss.

Die Unterstützungsleistung errechnet sich nach der auf die zum Stichtag 30.06. zu berücksichtigenden Einwohner/Asylbewerber in der AfA Hermeskeil entfallenden Zuweisungen, die durch die Einwohnerzahl beeinflusst werden und berechnet sich aus dem Produkt aus der Anzahl der Bewohner in der AfA und der durchschnittlichen Zuweisungen bezogen auf alle Einwohner des Landkreises Trier-Saarburg.

Zu den durch die Einwohnerzahl beeinflussten Zuweisungen gehören die

- Schlüsselzuweisung B 1 (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 d) LFAG),
- Schlüsselzuweisung B 2 (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 LFAG),
- Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG),
- Allgemeine Straßenzuweisung (§ 14 LFAG) und
- Umlage Fonds „Deutsche Einheit“ (§ 24 LFAG).

Es wird darauf hingewiesen, dass die oben genannten Beträge für die Stadt und Verbandsgemeinde Hermeskeil sowie den Landkreis Trier-Saarburg nicht völlig identisch mit den tatsächlich vom Land zu überweisenden Zuweisungen übereinstimmen werden, weil im Jahresverlauf immer noch „kleinere oder größere“ Korrekturen zu berücksichtigen sind, wenn etwa die Steuerkraftzahlen des Vorjahres endgültig ermittelt sind.

Auf der Basis des Haushaltsrundschreibens für das Haushaltsjahr 2015 würde sich aus den einwohnerabhängigen Zuweisungen für die 145.958 Einwohner im Landkreis zum 30.06.2014 eine durchschnittliche Zuweisung in Höhe von 227,28 Euro je Einwohner errechnen.

Wäre die AfA-Hermeskeil zum 30.06.2014 mit 750 Asylbegehrenden belegt, würde sich die Einwohnerzahl auf 146.708 Einwohner und die durchschnittliche Zuweisung dann auf 228,13 Euro je Einwohner erhöhen.

Für die Einwohner in der AfA würde sich danach ein Betrag in Höhe von

$$\mathbf{750 \text{ Asylbegehrende} \times 228,13 \text{ Euro} = 171.097,50 \text{ Euro}}$$

errechnen, der als Unterstützungsleistung an die Stadt Hermeskeil überwiesen würde.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 23.03.2015 dem Kreistag den o.g. Beschlussvorschlag mehrheitlich empfohlen.

Anlagen:

Vereinbarung
Informationsflyer